

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 4 (1924-1925)
Heft: 3

Artikel: Der Pazifismus als Tagesmode
Autor: Heeb, Friedrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-328908>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rote Revue

Sozialistische Monatschrift

3. HEFT

NOVEMBER 1924

IV. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Der Pazifismus als Tagesmode.

Von Friedrich Heeb.

In den letzten Monaten und Jahren haben die Gedankengänge des bürgerlichen Pazifismus auch in breiten Kreisen der Arbeiterschaft Eingang gefunden und selbst auf die öffentliche Stellungnahme gewerkschaftlicher Instanzen wie sozialistischer Organisationen zum Problem des Krieges abgefärbt. In allerneuester Zeit scheint dazu der Verlauf der Septembersession des Völkerbundes noch besonders beigetragen zu haben, die in der Tat einen gewissen Optimismus hinsichtlich der Beilegung wenigstens kleinerer Konflikte durch das Mittel der Schiedsgerichtsbarkeit rechtfertigt. Das sogenannte Genfer Protokoll stellt erstmals einen ernstlichen Versuch dar, internationale Streitfälle auf friedliche Weise zu schlichten und zu diesem Zwecke die obligatorische, für alle Staaten verbindliche Schiedsgerichtsbarkeit einzuführen. Wir Sozialdemokraten können derartige Bestrebungen selbstverständlich nur begrüßen, und soweit es an uns liegt, wird sicherlich alles geschehen, um dem Gedanken der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit auf der ganzen Welt zum Durchbruch zu verhelfen. Das kann aber beileibe nicht die Meinung haben, daß wir in unserer kritischen Einstellung zum Problem des Pazifismus und zur Frage, ob auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung ein wirklicher, dauernder Friede überhaupt denkbar sei, eine andere Haltung einnehmen als jene, die der Sozialismus seit Jahrzehnten, ja seit seinem Bestehen beobachtet hat. Wir Sozialisten werden den bürgerlichen Pazifismus, soweit er ehrlich gemeint ist, auch nie bekämpfen, ihm keine Steine in den Weg legen. Wohl aber wollen und müssen wir ihm gegenüber genau so wie in allen anderen Fragen unsere volle geistige Selbständigkeit wahren, selbst dann oder vielmehr gerade dann, wenn die klassenbewußte Arbeiterschaft seine Manifestationen unterstützt. Als Sozialisten dürfen wir uns nie und nimmer mit dem bürgerlichen Pazifismus identifizieren und noch weniger sollte es vorkommen, daß sozialistische Demonstrationen gegen den Krieg, daß antimilitaristische und antikriegerische Artikel in der Arbeiterpresse auf

den gleichen Ton gestimmt sind wie die Rundgebungen der bürgerlichen Friedensfreunde. Die gedankliche Abgrenzung vom bürgerlichen Pazifismus tut uns gerade dann am meisten not, wenn er anscheinend in der Öffentlichkeit die größten Triumphe feiert, wenn der Pazifismus zur *Tagessmode* geworden ist. Eine andere Haltung könnte nur bewirken, daß in der Arbeiterklasse Illusionen genährt würden, die eines schönen Tages furchtbar bitter enttäuscht werden.

Die sozialistische Kriegsgegnerschaft beruht auf der Erkenntnis, daß die Ursachen der Kriege in der Struktur der heutigen Wirtschaft liegen, in der kapitalistischen Produktionsweise. Diese Produktionsweise kann nicht bestehen ohne die mit ihr unlöslich verknüpfte Expansion des Kapitals, für welche das einzelne staatliche Wirtschaftsgebiet nun einmal zu klein ist. So strebt denn jedes dieser Wirtschaftsgebiete nach steter Vermehrung seiner ihm allein und ausschließlich reservierten „Einflußsphären“, nach möglichst großem Kolonialbesitz, manchmal verschämt auch „Protectorate“ genannt und somit nach Behauptung des Weltmarktes. Das Resultat dieser Tendenz ist der moderne Imperialismus als eine Lebensbedingung für alle kapitalistischen Großstaaten, denen die Kleinen als Trabanten zu folgen, an die sie sich anzulehnen haben, wenn sie nicht in diesem Ringen der Großen aufgerieben werden wollen. Aus diesem imperialistischen Streben leitet sich die unaufhörliche Rüstung zu Wasser und zu Land, wie neuerdings in besonders intensiver Weise auch zu Luft her; aus ihm ergibt sich die Unmöglichkeit eines wirklichen, dauernden Friedens, die unverminderte Gefahr immer wieder losbrechender Kriege. Was die Pazifisten als Friedensbürgschaften anzusehen geneigt sind, das ist in Wirklichkeit nicht viel anderes als das Bedürfnis nach einer kürzeren oder längeren *Atempause* zwischen den verschiedenen Kriegen, keineswegs der Friede selbst. Der „Simplizissimus“ hat diesem wirklichen Stand der Dinge einmal in einem treffenden Bilde mit dem noch treffenderen Text Ausdruck verliehen: „Wenn die Wölfe sich sattgefressen haben, halten sie einen Friedenskongreß ab.“ Daß namentlich die Nutznießer des Versailler Raubfriedensvertrages als die Sättigten, die Gesättigten dieses Friedensbedürfnis zur Schau tragen, ist mehr als verständlich. Wer indessen die Parole „Nie wieder Krieg!“ verwirklichen will, kann nichts anderes und nichts Besseres tun als der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unverföhnlichen Kampf ansagen. Darin aber, in der Tatsache, daß man den Krieg der Völker nur verhindert, wenn man durch den Klassenkampf dem Kapitalismus zu Leibe geht, liegt bereits die Unmöglichkeit, in Verbindung mit Pazifisten, mit Kriegsgegnern aus dem bürgerlichen Lager das Ziel: Nie wieder Krieg! erreichen zu wollen. Solange der Klassengegensatz in der Gesellschaft bestehen bleibt und seine logische Folge, die ökonomische Ausbeutung, so lange gibt es, wie Max Adler richtig dartut, nicht nur keinen inneren Frieden zwischen den Klassen, sondern auch keinen äußeren zwischen den Staaten. Die Fortentwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus erzeugt das Ausbeutungsverhältnis auch zwischen den Staaten selbst. Ein typisches Beispiel

dafür ist die heutige Rolle Amerikas, das aus der wirtschaftlichen und finanziellen Ausbeutung Europas Riesenvorteile zieht, Europa faktisch und mit Recht nur noch als seine Kolonie betrachtet.

Der Grundfehler des bürgerlichen Pazifismus und seiner Methode besteht darin, daß er sich die Schwierigkeiten, die einer Friedenspolitik im Zeitalter des Kapitalismus entgegenstehen, einfach weg-zu-denken sucht, womit sie aber noch lange nicht weggeräumt sind. Das Gedankengebäude der Pazifisten ist rein konstruktiv, hängt in der Luft, hat keine reale Grundlage. Es fußt nicht in den ökonomischen Zuständen, die in der heutigen Gesellschaft als treibende Kräfte wirken, mag es auch hundertmal richtig sein, daß neben den materiellen auch ideelle Triebkräfte fortwährend am Werke sind, die heutige Gesellschaft umzuformen. Hier vor allem gilt das Wort Max Adlers über den Sinn der von Marx begründeten materialistischen Geschichtsauffassung: „Das Ideelle ohne das Materielle ist wirkungslos, das Materielle ohne das Ideelle ist richtungslos.“ An pazifistischen Kongressen wie in pazifistischen Druckschriften redet man von der Welt, wie sie sein sollte und wie sie sein müßte, und wie gut es wäre, wenn sich die Menschen bessern würden. Keine dieser pazifistischen Rundgebungen aber redet von der Welt, wie sie ist, von den Tendenzen zu künftigen Kriegen oder gar von den mitten im „Weltfrieden“ der Gegenwart vor sich gehenden Schlächtereien in Spanisch-Marokko, in China, in Arabien, Mesopotamien (Mosul), von dem nach wie vor von neuen schweren Explosionen bedrohten „Pulverfaß auf dem Balkan“. Die Pazifisten übersehen auch, daß sich seit dem Ende des Weltkrieges das Schwergewicht der Weltwirtschaft und Weltpolitik gründlich nach einer anderen Richtung unseres Erdballs verschoben hat, wofür gerade die Wirren in Ostasien (China), in Vorderasien, die ungeheuer folgenschweren nationalistischen Revolten in Indien, Aegypten usw. sprechende Beweise sind. Vor allem geben sich die Pazifisten zuwenig Rechenschaft über die Gefahr neuer kriegerischer Verwicklungen, die der Friedensvertrag von Versailles hervorgerufen hat. Man braucht da nicht einmal in erster Linie an Deutschland zu erinnern, obschon hier der Revanchegedanke durch das Werk von Versailles recht sehr genährt wird, auch nicht an das bis zur Existenzunmöglichkeit verstümmelte Oesterreich. Es genügt, auf den russisch-rumänischen Gegensatz wegen Bessarabien, auf den ungarisch-rumänischen Gegensatz wegen Siebenbürgen oder auf das mit Jugoslawien und Italien verknüpfte Problem Albanien-Mazedonien-Kroatien aufmerksam zu machen, um an der Möglichkeit, auf der Versailler Grundlage auch nur für eine kürzere Reihe von Jahren den europäischen Frieden aufrechtzuerhalten, ernstlich zu zweifeln.

Die Pazifisten wollen, wie gesagt, den Krieg dadurch verhindern, daß sie die Menschen bessern und befehren. Wir dagegen sind der Ueberzeugung, daß das ein vergebliches Bemühen bleiben wird, solange nicht die Verhältnisse sich geändert haben, solange in

der Welt der Profit ausschlaggebend ist, im Interesse des kapitalistischen Profites von den Staaten nach außen und innen alle Menschlichkeit brutal zu Boden gestampft wird. Die Menschen durch Ideologien zu bessern, hat das Christentum seit bald zweitausend Jahren ohne jeden Erfolg versucht. Das geben auch alle ernst zu nehmenden bürgerlichen Geschichtsforscher und Nationalökonomien zu. Der berühmte deutsche Nationalökonom L u j o B r e n t a n o führt in einem vor Jahresfrist erschienenen, in vieler Hinsicht interessanten und lesenswerten Buche*) an einem besonders lehrreichen geschichtlichen Beispiel, der S k l a v e r e i, den Nachweis, daß trotz jahrhundertelanger Brandmarkung dieser Institution durch ideal und human gesinnte Menschen die Leibeigenschaft erst beseitigt wurde, als ihre ökonomischen Voraussetzungen dahingefallen waren, als sie nicht mehr rentierte, ja zu einem Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung, zu einer Gefährdung des Profites wurde. Das Christentum, so zeigt Brentano an Hand von unwiderleglichen Dokumenten, hat weder in seinen ersten Anfängen, noch später, als es Staatsreligion wurde, an der Sklaverei etwas geändert. Ja, diese Sklaverei wurde von ihm geschützt und verteidigt, wie namentlich der Apostel Paulus und seine späteren Schüler immer gepredigt haben, die Sklaven müßten ihrem Herrn untertan sein. Brentano sagt wörtlich: „Die Sklaverei ist erst ausgestorben, als die Bedingungen für ihr Fortbestehen aufhörten, also einmal, als ihre Ursache aufhörte, das heißt als man aufhörte, Kriegsgefangene zu Sklaven zu machen, sodann als es vorteilhafter wurde, statt Sklaven mehr oder minder freie Arbeiter zu verwenden.“ Nicht anders als die katholische verhielt sich nach Brentano die protestantische Kirche. England hat jahrhundertlang in ungeheurem Maßstabe den Sklavenhandel nach allen Erdteilen betrieben und in seinen eigenen Kolonien die Sklaverei geschützt. Zu ihren eifrigsten Befürwortern gehörten in erster Linie die frommen Puritaner in dem frommen England des 17. und 18. Jahrhunderts. „1773 hatte bereits die von William Wilberforce geleitete Agitation gegen die Sklaverei aus prinzipiell ethischen Gründen begonnen. Aber auch sie liefert einen Beweis dafür, daß das materielle Prinzip stärker ist als das ideale und dieses nur insoweit zur Geltung kommen läßt, als es die jeweiligen konkreten Verhältnisse als vorteilhaft erscheinen lassen. Wie Hochstetter schreibt, konnten die geistig-sittlichen Ideen den Negerhandel nicht eher überwinden, als bis seine ökonomischen Grundlagen und Voraussetzungen gefallen waren... Erst nachdem es nach dem Abfall der Vereinigten Staaten von Nordamerika vom englischen Mutterlande offensichtlich geworden war, daß die Fortdauer des britischen Sklavenhandels nur mehr den Abgefallenen und

*) L u j o B r e n t a n o, der wirtschaftende Mensch in der Geschichte. Gesammelte Reden und Aufsätze. 1923. Verlag von Felix Meiner, Leipzig. 500 Seiten.

anderen ausländischen Konkurrenten zugute komme, einigte sich das Unterhaus mit 151 gegen 132 Stimmen auf ein sofortiges Verbot des nach den ausländischen Kolonien geführten Sklavenhandels und die allmähliche Beseitigung der Negerzufuhr in die eigenen Kolonien ab 1. Januar 1796. Aber noch trat das Oberhaus dem Beschlusse des Unterhauses nicht bei. In ihm saßen die Vertreter des Großkapitals, die ihr Vermögen in Sklavenschiffen und in den westindischen Zuckerplantagen angelegt hatten. . . . Am 25. März 1807 (nachdem die Rückgabe sämtlicher westindischen Eroberungen England durch den Frieden von Amiens auferlegt worden war und so das Sonderinteresse derjenigen, die für Fortdauer des Sklavenhandels waren, geschwächt wurde) hat das Gesetz, das den britischen Sklavenhandel, soweit er noch bestand, verbot, die Unterschrift des britischen Königs erhalten.

Außer durch die Erkenntnis, daß die britischen Zuckerinseln gegen Ende des 18. Jahrhunderts ihre Plantagenwirtschaft nicht nur ohne Sklaveneinfuhr weiterzuführen imstande waren, sondern daß die von 1783 bis 1806 von Grund aus veränderten Verhältnisse unerbittlich die Einstellung des Negerhandels verlangten, wenn England seinen glänzenden Kolonialhandel nicht an das konkurrierende Ausland verlieren wollte, sind es auch politische Erwägungen gewesen, welche den idealen Bestrebungen der Wilberforce, Clarkson und Genossen zugute gekommen sind. Als es zu Anfang 1794 in Paris bekannt geworden, daß Martinique und Guadeloupe vor den überlegenen britischen Streitkräften in Westindien hatten kapitulieren müssen, hatte der französische Nationalkonvent das Dekret vom 4. Februar 1794 erlassen, welches die Sklaverei und den Sklavenhandel in den französischen Kolonien abschaffte. Unter stürmischen und theatralischen Szenen ist es zustande gekommen. Danton frohlockte: „Heute ist der Engländer tot; Pitt und seine Helfershelfer sind vernichtet.“ Der französische Konvent bezweckte durch die Freiheitserklärung, die Schwarzen gegen ihre neuen Herren zum Kampfe aufzurufen und mit ihrer Hilfe letztere zu verjagen. Auch ist, wenn auch nicht auf Martinique, so doch auf Guadeloupe und St. Lucie, das Experiment geglückt. Wie wenig es den Franzosen bei ihrem Dekret um sittliche Beweggründe zu tun war, zeigt nicht nur dieser sein Ursprung, sondern auch, daß sie, nachdem sie im Frieden von Amiens ihre Kolonien wieder erhalten hatten, die Sklaverei 1802 dort wieder zuließen. In England aber kam die Erfahrung der Sklavenbefreiung zugute, und als es Frankreich niedergeworfen hatte, ist es ihm gelungen, den Wiener Kongreß (1815) zum Beitritt zu seinem Verbot des Negerhandels zu vermögen und zu erreichen, daß es selbst mit seiner Durchführung betraut wurde. Nun lag die Kontrolle seiner Konkurrenten in seiner Hand. Schon Goethe hat sich am 1. September 1829 dahin geäußert, als seien die Engländer gegen den Sklavenhandel nur aufgetreten, um fremde Konkurrenz im Sklavenhandel abzuhalten. 1832 hat England dann alle Kron- und Domänen-

sklaven freigelassen. 1838 wurde durch Parlamentsakte ganz allgemein die Sklaverei in den britischen Kolonien abgeschafft.

Aber erst 1889, als in Europa — von der Türkei abgesehen — auch die letzten Spuren der Sklaverei vertilgt waren, hat es der P a p s t Gregor XVI. für seine Pflicht erkannt, die Gläubigen von dem unmenschlichen Handel mit Negern und anderen Menschen abzuwenden; er hat deshalb Laien wie Geistlichen verboten, den Handel mit Negern zu verteidigen. Dagegen ist noch zur Zeit des Kampfes um die Sklavenbefreiung in den Vereinigten Staaten (in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts!) das Buch „Onkel Toms Hütte“ auf den päpstlichen Index gesetzt (also den Gläubigen wegen seiner Brandmarkung der Sklaverei verboten) worden. Wir sehen also, daß das ideale Prinzip zwar zu allen Zeiten sich geltend machte, aber erst sehr spät, erst in unseren Tagen zum Siege gelangt ist. Was ihm zum Siege verholfen hat, war das materielle Prinzip: das der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit.“

Soweit Brentano, der im gleichen Kapitel seines Buches nachweist, daß der Sklavenbetrieb auch in den amerikanischen Nordstaaten in erster und letzter Linie deshalb bekämpft wurde, weil er in diesen Staaten für die Landwirtschaft unrentabel und undurchführbar war. Wo, wie in den amerikanischen Nordstaaten, kein Plantagenbetrieb möglich war, wurden nie Sklaven zu produktiven Zwecken verwendet, war die Sklaverei wirtschaftlich unhaltbar. Wohl aber konnte sie sich halten und war rentabel in den amerikanischen Südstaaten mit ihrer auf dem südlichen Klima basierenden Plantagenwirtschaft. Deshalb wurde die Sklaverei im Süden der Vereinigten Staaten durch Gewaltanwendung seitens der Nordstaaten beseitigt, als der Norden die Vorherrschaft der auf der Sklaverei beruhenden Aristokratie in den Südstaaten brechen wollte.

Ich habe Brentano auch deshalb ausführlicher zitiert, weil seine Darlegungen zum Verständnis der heutigen „humanitären“ und „friedlichen“ Tendenzen bei der Bourgeoisie gewisser europäischer Staaten sehr viel beitragen können. Hinter dem von dieser Bourgeoisie umgehängten idealen Mäntelchen versteckt sich neben sehr materiellen Interessen eine gute Dosis bewußter oder unbewußter Heuchelei. Um aber auf das eigentliche Thema zurückzukommen, so wäre zu betonen, daß der Appell an die Vernunft, an die Menschlichkeit, an moralische und sittliche Empörung im Kampfe gegen den Krieg allein wenig zu helfen vermag. Alle Darstellung der Greuel und Bestialitäten des Krieges, aller Appell an die Gutgesinnten oder, wie das heute meistgebrauchte Schlagwort heißt, „an alle jene, die guten Willens sind“, nützt nichts, wenn zu diesen rein moralischen Machtfaktoren nicht die materiellen Machtmittel einer am Kriege in keiner Weise interessierten, wohlorganisierten und zielbewußten Gesellschaftsklasse kommen. Diese Klasse kann nur das Proletariat sein. Der Appell

an den höchst verschwommenen Begriff der „Völker“ oder der „Menschheit“ verhallt wirkungslos. Es gibt, wie Max Adler treffend dartut, „noch gar keine Völker, wenn man unter einem Volk eine solidarische Menschengemeinschaft versteht; es gibt nur Staaten, die von Klassegegensätzen zerrissen sind. Wer soll denn dem Einigungsruf folgen? Etwa jenes „Volk“, das überall keinen anderen Wunsch hat, als die Vereinigung der Proletarier aller Länder, die es fürchtet, zu bekämpfen oder das „Volk“, das den Ruf zwar hört, aber ihm nicht folgen kann, weil es nirgends noch die Macht hat, seine Interessen und Ziele zu verwirklichen? Der Pazifismus, der den Völkerfrieden innerhalb der kapitalistischen Welt glaubt herstellen zu können, und der noch immer nicht eingesehen hat, daß alle Abrüstungsübereinkommen und Schiedsverträge innerhalb des Kapitalismus nur die Atempausen bedeuten, die auch die Kriegsrüstung der Starken zuweilen benötigt — dieser Pazifismus ist und bleibt jene Utopie, die der Marxismus stets als eine unnütze Bewegung betrachtet hat, weil er die großen Massen, wenn er an sie herankommt, nur mit Trugbildern beruhigt und von der wirklichen Kriegsbekämpfung ablenkt“.

Anzweifelhaft haben die bürgerlichen Pazifisten durchaus recht mit ihrer Beweisführung von der „Unrentabilität des Krieges“. Allein dieser rein rechnerische Nachweis von der finanziellen Unsinnigkeit des Krieges ist Jahrzehnte vor Ausbruch des Weltkrieges von einer Reihe von Schriftstellern erbracht und dennoch am Gang der Dinge nichts geändert worden. Der ehemalige russische Staatsrat Bloch hat sich um diese finanzielle Beweisführung schon in den 90er Jahren mit dem denkbar größten schriftstellerischen Erfolg bemüht und ebenso hat der Engländer Norman Angell klipp und klar nachgewiesen, daß der Krieg auch für die Kapitalisten ein ganz unrentables Geschäft sei. Andere taten dasselbe. Trotzdem haben wir den Weltkrieg gehabt, erleben wir daneben fortwährend innerhalb und außerhalb Europas einen lokalen Krieg nach dem anderen. Die kapitalistische Weltpolitik ist eben, wie M. Huber sagt, „kein finanzpolitisches Rechenerempel, sondern ein Problem der Machtpolitik in ihrer ganzen Totalität, und weil diese Machtpolitik, Ursache und Wirkung der Finanzpolitik wiederum, schon lange vor dem Kriege die Kolonialpolitik und den Kolonial- und Kapitalerport zeugte — und das alles trotz aller göttlichen und geschäftlichen Vernunft“.

Der hier schon mehrfach zitierte österreichische Parteischriftsteller Max Adler, dem kein Kenner seiner Schriften Mißachtung oder Verkennung der idealen Momente in der Bewegungsgeschichte der Menschheit nachsagen wird, hat im Jahre 1915, als der Sozialpatriotismus im Lager der Arbeiterklasse so traurige Verheerungen anrichtete, in seiner Schrift „Prinzip oder Romantik“ unter Berufung auf einen deutschen imperialistischen Schriftsteller darauf hingewiesen, daß Weltkriege nicht nur Waffenkriege, son-

den Weltwirtschaftskriege seien. Diese Weltkriege würden geführt auch in der Zeit der Waffenruhe, sie nehmen nur verschärfte Formen an, wenn die Waffen zu sprechen beginnen. „Der Imperialismus als die treibende Kraft des Krieges“, so führte Max Adler aus, „ist nicht etwa das Produkt eines ehrgeizigen Herrschers oder eines eroberungslustigen Volkes, sondern das notwendige Ergebnis der friedlichen Arbeit des Kaufmanns und der Fabrikanten, des Börsenmaklers und des Darlehensgebers, kurz der ganzen kapitalistischen Produktions- und Verkehrsweise. Er geht hervor aus dem unstillbaren und unkontrollierten Verwertungstrieb des Kapitals.“ An dieser Wahrheit läßt sich ernstlich von niemand rütteln. Damit ist aber auch dargetan, daß die Kriegsgefahr andauern wird und durch die passive Gegenpropaganda der Pazifisten nicht aus der Welt geschafft werden kann, solange dieser „friedliche Kaufmann, Fabrikant, Börsenmakler und Darlehensgeber“ in der Lage ist, sein ehrsameres Gewerbe auszuüben, solange nicht dafür gesorgt ist, daß ihm im Frieden, das heißt für immer, das Handwerk gelegt wird.

Geht man vollends den Ursachen nach, warum der Pazifismus zurzeit in den verschiedensten Ländern die Mode des Tages ist, so stößt man auf recht seltsame und skeptisch stimmende Erscheinungen. In Deutschland, um das Land, das am Ausbruch des Weltkrieges zweifellos die größte äußere Schuld trägt, vorwegzunehmen, sind dort die Kleinbürger und ein Teil der bürgerlichen Intellektuellen wohl in erster Linie deshalb Pazifisten, weil Deutschland entwaffnet ist, notgedrungen auf absehbare Zeit darauf verzichten muß, mit 42-Zentimetermörsern, mit Giftgasen, Panzerkreuzern und Unterseebooten die deutsche Kultur zu verbreiten oder den deutschen Revanchekrieg zu führen. Für den etwas verdächtigen Charakter des deutschen Pazifismus zeugt eine Bemerkung des im übrigen sehr pazifistisch gesinnten deutschen Genossen Heinrich Ströbel: „Ein bekannter Gelehrter, der sich als Pazifist ausgibt, gestand mir vor Jahren einmal, daß er eigentlich für den Revanchekrieg sei, und daß er nur, weil er den Revanchekrieg für aussichtslos halte, in Pazifismus mache.“ Dazu kommt, daß das amerikanische Kapital einem mit dem Säbel rasselnden, größere Geldanlagen gefährdenden Deutschland kaum die nötigen Finanzen vorstrecken würde. Das amerikanische Kapital wünscht zunächst vor allem Ruhe und Frieden in Mitteleuropa, weil es diese zur Sicherung der Rentabilität seiner Anleihen und Beteiligungen braucht. „Das pazifistische deutsche Herz schlägt nach dem Takt des amerikanischen Dollars“, hat der deutsche Genosse M. Huber vor kurzem ausgeführt. Der in Frankreich dominierende Kleinbürger ist Pazifist, weil die französische Hegemonie in Kontinentaleuropa auf Grund des Versailler Vertrages am gesichertesten erscheint. Daß der französische Pazifismus, soweit er von der französischen Bourgeoisie repräsentiert wird, nicht frei von sehr egoistischen Erwägungen ist, beweist die starre Unnachgiebigkeit, die

auch die französischen Radikalen mit Herriot an der Spitze hinsichtlich der von England schon mehrfach angetönten Notwendigkeit einer wenn auch bescheidenen Revision des Versailler Friedensvertrages an den Tag legen. In Frankreich würde auf noch ziemlich lange Zeit hinaus jedes Ministerium rettungslos zu Fall kommen, das bezüglich der Revision des Versailler Friedensvertrages auch nur das minimste Zugeständnis machen wollte. Die englische Bourgeoisie dagegen ist zu einem guten Teil für die „Milderung“ des Versailler Friedensvertrages. Aber auch nur, soweit diese Milderung auf Kosten des französischen Rivalen ginge, soweit sie dazu beitragen könnte, die gewaltige Machtstellung herabzumindern, die Frankreich durch den Versailler Friedensvertrag im Westen und Osten Europas erlangt hat. Es ist ja zur Genüge bekannt, daß man in England nicht nur die ungeheure Stärke der französischen Kriegsmacht mit Sorge betrachtet, sondern mehr noch von der Tatsache peinlich berührt ist, daß sich die französischen Imperialisten in den russischen und österreichischen Nachfolgerstaaten einen ganzen Troß von Vasallen geschaffen haben, die bei einem künftigen Waffengang um die Herrschaft über Europa sehr ins Gewicht fallen. Nach der Auffassung der englischen Bourgeoisie hat Frankreich im Weltkrieg, bezw. am Versailler Verhandlungstisch entschieden zuviel gesiegt und sollte daher durch eine Revision des Versailler Raubfriedensvertrages zurückgebunden werden. Würde man von dieser englischen Bourgeoisie dagegen fordern, daß auch sie in eine Verringerung des gigantischen Macht- und Gebietszuwachses einwilligen sollte, die ihr der Versailler Friedensvertrag auf Kosten Deutschlands und der Türkei gebracht hat, so würde sie eine solche Zumutung mit der ganzen ihr so gut zu Gesicht stehenden sittlichen Entrüstung zurückweisen. Von Italien weiß man, daß es sich durch die Beuteverteilung in Versailles recht sehr zugunsten Englands und Frankreichs benachteiligt fühlt, daß es weiter der Meinung ist, Jugoslawien sei allzu groß geworden und auch den Griechen täten einige Gebietserleichterungen im Interesse der Stellung Italiens im östlichen Mittelmeer bitter not.

Gerade die englische Außenpolitik unter der Arbeiterregierung mit Macdonald als Minister des Auswärtigen und Ministerpräsident ist ungeachtet der gewiß höchst anerkennenswerten Stellungnahme Macdonalds an der verflossenen Genfer Völkerbundstagung wie an der vorausgegangenen Londoner Konferenz ein einziger schlüssiger Beweis dafür, daß die Macht der Idee und namentlich die Macht der Friedensidee nicht überschätzt werden darf, wenn man vor Illusionen bewahrt sein will. Die englische auswärtige Politik konnte auch unter der Arbeiterregierung ihre traditionellen Pfade nicht verlassen, die inneren Notwendigkeiten zwangen, wie Fritz Adler zur Verteidigung der Arbeiterregierung sagt, Macdonald dazu, den status quo des englischen Imperialismus aufrechtzuerhalten. Daraus wollen und dürfen wir der verflossenen englischen Arbeiterregierung als einer eben erst zur „Macht“ gelangten Regierung, die dazu noch im Parlament in Minderheit war, keinen Vorwurf machen. Die englische

Arbeiterregierung vermochte weder an den Kriegsrüstungen des britischen Weltreiches einen Abstrich vorzunehmen, mußte im Gegenteil mindestens auf dem Gebiet der Luftstreitkräfte erhöhte Aufwendungen zulassen, noch konnte sie den aus dem Versailler Friedensvertrag resultierenden englisch-französischen Gegensatz aus der Welt schaffen. Dieser Gegensatz trat vielmehr trotz Herriot in allen Verhandlungen, sowohl an der Londoner Konferenz wie an der Genfer Tagung des Völkerbundes, weithin sichtbar in Erscheinung. Bei der liberal-konservativen Opposition gegen den englisch-russischen Vertrag endlich wurde offenbar, wie stark die Rivalität zwischen England und Rußland in den vorderasiatischen Fragen nach wie vor ist, wie sehr die englische Bourgeoisie danach strebt, Rußland darniederzuhalten, um in Persien, in Afghanistan wie in dem seiner Petrolreichtümer willen sehr wichtigen Georgien ihren imperialistisch-kapitalistischen Standpunkt gegen die gleichartigen imperialistisch-kapitalistischen Tendenzen Sowjetrußlands durchzusetzen. In der Frage der nationalistischen Bewegung in Indien konnte Macdonald so wenig eine Lösung finden als die früheren englischen Regierungen, weil eben auch hier das Herrschafts- und Profitinteresse des britischen Imperialismus, der einstweilen noch sehr mächtig ist, jedes Zugeständnis, das den Indern genügen könnte, unmöglich macht. Der Kampf zwischen der Türkei und England um Mosul in Mesopotamien, wo ebenfalls das Petrol einen ausschlaggebenden Faktor bildet, ging unter der Arbeiterregierung fröhlich weiter. In ihm kamen zugestandenermaßen auch während der Arbeiterregierung Bombengeschwader gegen die türkisch-kurdischen Sprachgebiete zur Verwendung. Die Türkei hat zur einwandfreien Feststellung der wirklichen Bevölkerungsverhältnisse im Mosulgebiet schon mehrmals eine Volksabstimmung unter der Kontrolle des Völkerbundes vorgeschlagen, diese wurde aber von England jedesmal abgelehnt. Kurz vor ihrem Sturz durch die Abstimmung im Unterhaus hat dann freilich die Arbeiterregierung sich mit dem türkischen Vorschlag, den Streit um Mosul dem Völkerbundschiedsgericht zu unterbreiten, einverstanden erklärt. Dagegen wissen wir, daß Macdonald in einer Unterredung, die er anfangs Oktober mit dem ägyptischen Nationalistenführer Zaghlul Pascha hatte, strikte erklärte, das gegenwärtige Militärstatut des Suezkanals könne in keinem Punkte abgeändert werden. Die große britische Macht am Suezkanal müsse aufrechterhalten werden, um die Sicherheit des britischen Reiches zu gewährleisten. Es gäbe, so erklärte Macdonald, keine britische Regierung, die anders handeln würde. Zaghlul Pascha dagegen meinte, eine solche militärische Okkupation Ägyptens sei ganz unmöglich angesichts dessen, daß England Ägypten einen Allianzvertrag zugemutet habe. Ein Allianzvertrag, bei dem ein vertragsschließender Teil militärisch besetzt sei, sei ein Ding der Unmöglichkeit. Der Suezkanal sei eine neutrale Zone und von allen Mächten gleichmäßig zu gebrauchen. Die Ägypter seien gewillt, den Suezkanal unter den Schutz des Völkerbundes zu stellen. Die gleiche Haltung mußte die englische Arbeiterregierung als „Treuhand des britischen

Imperialismus“ auch in der Frage des Sudans einnehmen, den die Ägypter für sich als einen Bestandteil Oberägyptens reklamieren, während England aus den strategischen Erwägungen seiner Weltpolitik die Kontrolle und Herrschaft über den Sudan fest in seiner Hand behalten will.

Bei der Würdigung aller dieser für den Weltfrieden nicht gerade verheißungsvollen Tatsachen aus der britischen imperialistischen Politik wird man immer wieder im Auge behalten müssen, was Karl Rautsky Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges einmal geschrieben hat: „Die Idee eines freiwilligen Aufgebens der Kolonien kann, solange die Herrschaft des Kapitals dauert, für uns nur den Wert eines Kompasses haben, der uns die Richtung anzeigt, in der sich unsere Politik gegenüber den Kolonien zu bewegen hat, nicht aber den Wert eines praktischen Vorschlages, an dessen sofortiger Durchführung wir zu arbeiten haben.“

Was schließlich den amerikanischen Imperialismus anbetrifft, so ist wohl richtig, daß er in anderem Gewande daherschreitet als der alte Imperialismus der europäischen Großstaaten. Ob er deshalb aber weniger gefährlich ist als dieser, wäre denn doch noch ernstlich zu bezweifeln. Der amerikanische Kapitalismus steht im Begriff, die ganze Welt sich untertan zu machen. Vor allem hat er sich in den letzten Jahren gewaltige „Einflusssphären“ in Ostasien, speziell in China, zu sichern gewußt, woraus ja auch die Verschärfung des amerikanisch-japanischen Gegensatzes resultiert, für die das amerikanische Verbot der Einwanderung aus Japan nur ein äußerliches Symptom ist. Inwieweit amerikanisches Kapital und amerikanische Kapitalisten direkt und indirekt an den kriegerischen Wirren beteiligt sind, von denen zurzeit das chinesische Riesenreich bis auf den Grund erschüttert wird, läßt sich nur mutmaßen. Tatsache ist jedenfalls, daß der chinesische Bürgerkrieg mit Hilfe fremden Kapitals geschürt worden ist, wenn freilich auch hier das alte Dichterwort Geltung zu bekommen scheint: Die Geister, die ich rief, die werd' ich nimmer los, der Schuß für die europäischen und amerikanischen Kapitalisten sehr wohl noch gründlich hinten hinaus gehen kann. Auf der anderen Seite wissen wir, daß die Petrolinteressen der amerikanischen Kapitalisten an mehr als einem Punkt der Welt mit denen der englischen Kapitalisten zusammenstoßen, zwischen der amerikanischen Standard Oil Compagnie und der englischen Shell-Compagnie sowohl in Mexiko als in Mosul und Baku seit Jahr und Tag arge Rivalitäten zutage treten. Es ist wohl auch kein Zufall, daß die amerikanische „Humanität“ sich mit solchem Eifer der Armenier angenommen hat, deren heimatlicher Boden den Petrolfeldern um das Schwarze Meer allzu nahe liegt. Unleugbar ist ferner, daß in Amerika neuerdings die Militarisierung der sogenannten öffentlichen Meinung mit dem ganzen Raffinement der kapitalistischen Stimmungsmache betrieben wird. Als ein Beispiel dafür mag der „Verteidigungstag“ vom 12. September l. J. in ganz Amerika angeführt werden, eine Manifestation

von ganz ausgesprochen aggressivem Charakter, da wirklich nicht einzusehen ist, gegen wen der amerikanische Kontinent „verteidigt“ werden müßte. Von einer Abrüstung war bisher am allerwenigsten in Nordamerika etwas zu merken trotz des Flottenabkommens, das vor drei Jahren zwischen Amerika, England, Japan und Frankreich getroffen wurde und wonach alle Kriegsschiffe der vier beteiligten Mächte abgerüstet werden sollten. Alle seither aus Amerika zu uns gedungenen Meldungen verkündeten das genaue Gegenteil. Am augenfälligsten sind die Anstrengungen der Vereinigten Staaten zur Erhöhung seiner Luftstreitkräfte, und von Leuten, die es wissen können, wird insbesondere versichert, daß die Amerikaner hinsichtlich der Vorbereitung des chemischen Zukunftskrieges allen anderen um mehr als Nasenlänge voraus sein sollen. Die Weltherrschaft des amerikanischen Imperialismus drückt sich indessen am sinnfälligsten in der Tatsache aus, daß die Vereinigten Staaten seit dem Ende des Weltkrieges nicht nur ungeheure Kapitalien in China angelegt, sondern in weniger als fünf Jahren an europäische Staaten mehr als 1360 Millionen Dollar verliehen haben. Alle Länder Europas sind im Handel mit den Vereinigten Staaten passiv und der „New York Herald“ begrüßte nicht umsonst Owen Youngs Mission mit folgenden Worten: „Owen Young wird also Europas Diktator sein und die gegenwärtig mächtigste Position der Welt einnehmen, gleichsam der Zar der Reparationen sein.“ Es gehört ein geradezu sträflicher Optimismus dazu, in allen diesen Momenten Friedensgarantien für die nähere und fernere Zukunft zu erblicken.

Wenn man von der Abrüstung redet, so braucht man zwar die Möglichkeit einer beschränkten, partiellen und vorübergehenden Abrüstung auch unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem keineswegs zu leugnen. Wohl aber muß der Glaube an eine allgemeine und dauernde, eine wirklich den Frieden verbürgende Abrüstung als Utopie bezeichnet werden, solange es eine kapitalistische Gesellschaft gibt. Spezielle Abmachungen zwischen einzelnen Staaten sind, wie gesagt, denkbar, so zum Beispiel solche über die Einschränkung der Flottenrüstungen. Aber auch sie werden nicht auf die Dauer vorhalten. Es war wiederum niemand anders als Karl Rautsky, der lange vor Ausbruch des Weltkrieges wörtlich geschrieben hat: „Wir wollen die Möglichkeit eines ewigen Friedens zwischen den Nationen schaffen. Aber gerade deshalb erkennen wir um so deutlicher die Unmöglichkeit dieses Friedens heute, wo wir noch weit entfernt von einer internationalen sozialistischen Gesellschaft sind und wissen um so besser, daß alle Versuche Utopien sind, durch Schiedsgerichte der souveränen kapitalistischen Regierungen der einzelnen Länder und ähnliche Schönheitspflasterchen die tiefen Abgründe zu überbrücken und zu verdecken, die zwischen ihnen gähnen und denen immer wieder neue Kriegsurrsachen entsteigen.“

Der Krieg wie die Revolution sind Katastrophen, die von Zeit zu Zeit mit eherner Notwendigkeit die heutige Gesellschaft heimsuchen und nur mit ihr verschwinden werden.“

Natürlich wird auch die Kapitalistenklasse selbst durch die Militär-lasten, die schließlich auf den Profit drücken, geschädigt. Ein kapitalistisches Land, das sie nicht zu tragen brauchte, alle Kräfte der Verbesserung der Produktion widmen könnte, wäre seinen Konkurrenten in mancher Hinsicht überlegen. Wir haben es indessen mit keinem abstrakten Kapitalismus zu tun, wie er vielleicht sein könnte, sondern mit einem Kapitalismus, wie er ist. Es läßt sich auch ein Kapitalismus denken, worin der Wert der Arbeitskraft voll vergütet und die Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß eingeschränkt wird, wo kein Klassenkampf die schönen Profite der Ausbeuter störte. Und ebenso ließe sich ein Kapitalismus denken, wo die Nationen in friedlichem Wettbewerb nur mittels der Güte und Billigkeit ihrer Produkte kämpften und Kriege daher ausgeschlossen wären. Aber das alles ist doch nur eine Utopie in den Köpfen guter Leute, aber schlechter Musikanten; der Politiker, der sie zum Leitfaden nehmen wollte, würde die Enttäuschung aller Utopisten erleben, die mit der rauhen Wirklichkeit tagtäglich in Konflikt kommen.

Auf eine Möglichkeit der Abrüstung, wenigstens was die Massenheere anbelangt, sei immerhin in diesem Zusammenhang hingewiesen. Die neueste technische Entwicklung auf dem Gebiete der Kriegskunst und insbesondere die Umwälzung, die der chemische Krieg verursacht hat, dürfte im künftigen Krieg eine über Hunderte von Kilometern sich erstreckende Front von Menschenleibern mehr oder weniger überflüssig machen. Zur Ausführung des eigentlichen Mordhandwerks, zur Führung der notwendigen Flugzeuge und Luftschiffe, zum Gasbombenwurf usw. wird ein Bruchteil der bisherigen Armeen genügen. Der Völkerbund hat sich durch eine Kommission des chemischen Krieges mit den kommenden Dingen beschäftigt. Doch wird behauptet, dieses Studium sei mehr eine Verschleierung der Sachlage als etwas anderes. Aus einem Artikel von Renath, „Der Gaskrieg“ im „Tagebuch“, seien die Ausführungen des Schweizer Offiziers Schleich in der „Allgemeinen Schweizer Militärszeitung“ erwähnt:

„Mit Erstaunen sieht man, wie alle früher wohlbehüteten Geheimnisse der Gaskampfmethode preisgegeben werden... Das muß den Verdacht erwecken, daß diese genauen Angaben für die Kriegführenden wertlos geworden sind... Es muß ferner auffallen, daß alle genauen Berichte nur den Stand bis Kriegsschluß, Ende 1918, beschreiben, über neuere Forschungen aber nur dunkle Andeutungen bringen. Da namentlich vom amerikanischen und englischen Kriegsministerium die Gaskampfmethoden eifrig weiter vervollkommnet werden, was allgemein bekannt ist, so besagen alle bisher erfolgten Veröffentlichungen nur, daß alle diese Staaten schon Mittel haben,

um die Schrecken des Gaskrieges weiter ins Unbekannte und Unheimliche zu vermehren.“ — Renath bemerkt zum Bericht der Studienkommission des Völkerbundes, „... daß seine Angaben über die Durchschnittskenntnisse eines Gasunteroffiziers gegen 1918 nicht hinaus gehen“, und er fügt hinzu, was demgegenüber der Amerikaner Will Irwin in seinem Buche „The new war“ (Der neue Krieg) schreibt :

„Zur Zeit des Waffenstillstandes wurde bei uns (in Amerika) für den Frühlingfeldzug 1919 unser Lewisitgas hergestellt. Es ist ein stinkendes, unsichtbares Gas, das die Flüchtlinge aus Kellern und Gräben her austreibt; wer es einatmet, stirbt sofort. Aber auch wenn es mit der Haut in Berührung kommt, dringt es in den Organismus ein und führt den Tod herbei. Es zerstört alle lebenden tierischen und pflanzlichen Zellen. Schutzmaßnahmen gegen dieses Gift gibt es nicht. An Ausdehnungsfähigkeit übertrifft es die im Weltkriege angewandten Gase um das Vielfache.“

Die Massen als eigentliches und regelrechtes Kanonenfutter werden also im künftigen Krieg nicht mehr die Rolle spielen wie bisher, und damit erhält wohl auch die Frage der Stellung zu den Problemen der allgemeinen Wehrpflicht, der Dienstverweigerung usw. ein neues Gesicht. Daß der Völkerbund mächtig genug sei, um diese höchste und fürchterlichste Form der kriegerischen Bestialität im Ernstfall zu verhindern, darf man billig bezweifeln. Wir haben ja im verfloffenen Weltkrieg erfahren, mit welcher Ungeniertheit sämtliche beteiligten Staaten auf alle Konventionen und Verpflichtungen zur „Humanisierung des Krieges“ pfiffen. Das nächste Mal wird es nicht anders sein, sofern es dem Proletariat nicht vorher gelingt, dem kapitalistischen System als der eigentlichen Ursache des Krieges zu Leibe zu gehen.

Noch ein Wort über die Genfer Septembertagung des Völkerbundes. Ich habe bereits zu Eingang meiner Ausführungen betont, daß diese Tagung einen unzweifelhaften Fortschritt darstelle, durch das Genfer „Protokoll über die friedliche Beilegung internationaler Streitfälle“ ein gewisser positiver Erfolg erreicht worden sei. Zunächst freilich bleibt noch abzuwarten, ob dieses Genfer Protokoll von den Staaten überhaupt ratifiziert werden wird. Aus einem Artikel, den der bekannte englische Völkerbundsapostel Lord Cecil am 12. Oktober in der „Neuen Zürcher Zeitung“ veröffentlichte, geht immerhin hervor, daß auch die lautesten bürgerlichen Völkerbundsenthusiasten in diese Wahrscheinlichkeit ernstliche Zweifel setzen. Bis zum 1. Mai 1925 müssen mindestens drei der ständigen Mitglieder des Völkerbundsrates und zehn andere Staaten ihre Ratifikationen niederlegen, und selbst das wird nur den Weg für eine Abrüstungskonferenz freimachen, die zunächst einen allgemeinen Erfolg erzielen muß, ehe die im September in Genf erreichten Uebereinkommen in Wirksamkeit treten können. Lord Cecil meint nun: „Vielleicht ist man in Genf etwas hastiger

vorgegangen, als man es in Paris, London und im Haag und in anderen Hauptstädten wohl wünschen möchte. Wenn dem so sein sollte, so wäre es ein Mißgeschick. Aber es würde nicht heißen, daß die Arbeiten dieses Jahres umsonst gewesen sind. Was auch mit dem Protokoll über die Abrüstung geschehen mag, (!) ein Fortschritt ist unzweifelhaft erzielt worden. Und weitere Fortschritte wird man sicherlich machen. Auch darin hat de Jouvenel recht, und einen Stillstand gibt es nicht mehr. Die bloße Tatsache, daß ein Dokument, welches die Völker verpflichtet, jeden Streitfall einem schiedsrichterlichen Verfahren zu unterbreiten, nach voller Beratung von den verantwortlichen Vertretern von 47 Staaten angenommen worden ist, wird schon jedes Volk davor abschrecken, (?) zur Verfolgung eigensüchtiger Ziele in den Krieg zu gehen. Vielleicht wird im Juni die Abrüstungskonferenz zusammentreten. Wir wollen es hoffen. Wenn es nicht möglich sein sollte, so wird man eine andere Form dafür finden. Die Arbeit wird immer weitergehen."

Das klingt reichlich gedämpft und resigniert. Es ist aber begreiflich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie sich schon während der Genfer Tagung die mannigfachsten Widerstände zeigten und die schließlich gefundene Kompromißformel vielfach mit sauer süßer Miene aufgenommen wurde. Zunächst sperrten sich die Franzosen und Belgier gegen die ihrer Meinung nach ungenügenden Garantien vor einem Angreifer, führte zum Beispiel der belgische Minister Theunis in Genf aus: „Die Garantie für die Sicherheit darf aber nicht nur in papierenen Paragraphen bestehen... Wie soll es kommen, wenn ein Staat zu den Waffen greift und das Schiedsgerichtsverfahren ablehnt?“ Benesch, der Vater des Genfer Protokolls, verteidigte die von seiner tschechoslowakischen Regierung trotz Völkerbund abgeschlossenen Sonderbündnisse mit den Worten: „Wenn aber eine Schiedsgerichtsklausel gebrochen wird und ein Kontrahent zu den Waffen greift, was dann?... Ein für allemal sind Sonderabkommen unumgänglich.“ Der polnische Vertreter Skryzynski meinte: „Die Abrüstung ist erst möglich, wenn Sicherheit herrscht; erst dann kann die Arbeit voll aufgenommen werden, wenn das Vertrauen in die Stabilität aufkommt. Aber nicht weit von uns, im Osten, ist der Horizont noch rot.“ Der Grieche Politis stellte fest, „daß die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen nicht genügen, wenn beispielsweise der den Frieden brechende Staat reich an Rohprodukten sei. In gewissen Fällen müsse eine gemeinsame militärische Aktion erfolgen. Was das obligatorische Schiedsgericht betreffe, müsse man schauen, was dahinter steckt. Die pazifistische Propaganda bediene sich des Schlagwortes „Schiedsgericht“, um nicht gezwungen zu sein, der rauhen Wirklichkeit ins Gesicht schauen zu müssen. Wenn man sich Illusionen über die Wirklichkeit des

Schiedsgerichtsgedankens hingebe, so könne das die schwersten Folgen haben.“

In der Abrüstungskommission des Völkerbundes machte während der Septembertagung der jugoslawische Delegierte Marin-
kowitz die Bemerkung, sein Land lehne den Entwurf ab, da er nicht genügend Sicherheiten biete. Der Völkerbundsrat sei vielleicht nicht unparteiisch genug, um den Angreifer zu bestimmen. Jugoslawien stütze sich deshalb vorderhand auf seine eigene Wehrmacht. Das Bündnisystem der Vorkriegszeit habe den Frieden während Jahrzehnten erhalten, (!) desgleichen ergänzen die sogenannten Sonderabkommen den allgemeinen Garantievertrag.

Kurz vor Schluß der Septembertagung des Völkerbundes wurde in Genf ein Auszug aus einem japanischen Blatte durch die japanische Delegation in Genf verteilt. In dem betreffenden Artikel wird über das Schiedsgericht und das Sicherheitsprotokoll der Völkerbundsversammlung also geurteilt: „Wir sind mit dem Geist einverstanden, aus dem heraus diese Vereinbarung zustande gekommen ist. Indessen fragen wir uns, ob sie wohl zu guten Resultaten führen kann. Selbst wenn alle Länder dieses Protokoll ratifiziert haben, werden alle Allianzen, die seit dem Ende des großen Krieges abgeschlossen worden sind, bestehen bleiben. Die in Aussicht genommenen Bestimmungen werden nur in dem Falle zur Anwendung kommen, wo ein kleiner Staat der Angreifer ist. Sie werden niemals gegen Großmächte durchgeführt werden; jedenfalls nicht gegen England oder gegen die Vereinigten Staaten. Ueberdies ist der Beitritt der Vereinigten Staaten, Deutschland und Rußland zum Protokoll noch zweifelhaft, und selbst die Ratifizierung durch England ist noch unsicher. Unter diesen Umständen brauchen wir uns mit der Festlegung unserer Haltung gegenüber dieser Vereinbarung nicht zu beeilen, um so weniger, als auch die Staaten, die das Protokoll nicht unterzeichnet haben, an der Abrüstungskonferenz teilnehmen können.“

Endlich sei in diesem Zusammenhang noch die hämisch-geringschätzigige Glossierung der Septembertagung des Völkerbundes durch die bekanntlich unentwegt völkerbundsfreundliche „Gazette de Lausanne“ erwähnt: „In dieser Atmosphäre von Genf, die gelegentlich zu einer wirklichen kollektiven Berauschtigkeit (griserie) führt, hat man ein wenig unkluge Worte gesprochen und geschrieben, die den zu Hirngespinnsten neigenden Geistern den Kopf verdreht haben, und man muß sich jetzt fragen, was von dem ganzen rednerischen Getöse bleibt.“